



ALTERNATIVE NACHRICHTEN GÜNZBURG KRUMBACH

Ausgabe 12
Mai/Juni 2021

SPEZIAL:

ZWEI-KLASSEN-GESELLSCHAFT

Die Bundesregierung hat Lockerungen für geimpfte Bürger beschlossen – und damit den Weg in die Zwei-Klassen-Gesellschaft geebnet. Ist das noch verhältnismäßig und verfassungskonform?

„Einen Immunitätsnachweis wird es nicht geben.“ – diese deutlichen Worte fand der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende im Gesundheitsausschuss Erwin Rüdell noch im Dezember 2020 in der Debatte um die Corona-Impfung. Heute, kaum ein halbes Jahr später, ist der digitale Impfpass da – und mit ihm die Zwei-Klassen-Gesellschaft. Jemand sollte Rüdell an seine Versprechungen vom Dezember erinnern, denn so manchen Politiker interessiert das eigene Geschwätz von gestern bekanntlich nur wenig. Mit der Einführung digitaler Impfpässe kopiert die

Bundesregierung das chinesische System der Totalüberwachung. Braucht es das alles wirklich für die Pandemiebekämpfung?

Die CSU feiert sich aktuell für die sinkenden Inzidenzen. Söder klopft sich dabei selber auf die Schulter und meint, die CSU hätte mal wieder die Welt gerettet. Schaut man in andere Regionen der Erde, ergibt sich jedoch ein anderes Bild: Zahlreiche US-Staaten, darunter Texas und Florida, haben seit Monaten keine Corona-Regeln mehr. Dort gelten weder Abstands- noch Maskenregeln und trotzdem sind die Zahlen auch dort im Sinkflug. Söder würde sich das in seinem Größenwahn wohl folgendermaßen erklären: Die Corona-Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung waren so erfolgreich, dass die Inzidenz nun sogar weltweit sinkt. Ein wenig Spaß muss sein.

- **Söder, der Grüne**
- **Trinkwasser Bibertal**

Weitere Themen:

- **Zwei-Klassen-Gesellschaft**
- **TOPTHEMA: Klima-Wahn**
- **Landwirtschaft in Gefahr**
- **Freiheit in Netz und Medien**
- **INFO: Öffnungen in Bayern**
- **Hungerkrise wegen Lockdown**
- **Grüner Fanatismus**
- **Armutszeugnis in Günzburg**
- **Die gute Nachricht**

TOPTHEMA: KLIMA-WAHN

Das Bundesverfassungsgericht hat in einem aufsehenerregenden Beschluss festgestellt, dass „*künftig selbst gravierende Freiheits-einbußen zum Schutz des Klimas verhältnismäßig und verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein können.*“ So heißt es wörtlich im Beschluss des obersten Gerichts der Bundesrepublik. Diese nicht näher definierten „Freiheits-einbußen“ können zum gefährlichen Freibrief für die Absichten einer übergriffigen Regierung werden. Jede Kritik an der Klima-Ideologie könnte künftig als verfassungs-

Tür und Tor geöffnet. Man könnte glatt auf den Gedanken kommen, dass es beim sogenannten Klimaschutz auch genau darum geht.

Die CO₂-Steuer ist ein verheerendes Beispiel dafür, wie die Bürger unter dem Deckmantel des Klimaschutzes abgezockt werden. Die Verteuerung von Individualverkehr, Bauen und Konsumgütern sorgt für große soziale Ungerechtigkeit. Für breite Schichten der Bevölkerung bedeutet der vermeintliche Klimaschutz vor allem den Verzicht auf Lebensqualität. Werden wir bald eine Klimaabgabe auf



widrig gelten. Die Kritiker einer solchen wohlstandsverwahrlosten Klimaschutz-Gesellschaft könnten vom Verfassungsschutz beobachtet oder strafrechtlich belangt werden. Die Kriminalisierung unternehmerischer Tätigkeit oder individueller Mobilität könnten zukünftig an der Tagesordnung sein.

Kurz gesagt: Unter dem Vorwand des Klimaschutzes könnten mit diesem Beschluss des BVerfG Grund- und Eigentumsrechte eingeschränkt oder abgeschafft werden. Ökosozialistischen Umverteilungs- und Enteignungsfantasien sind damit

Privatvermögen sehen? Ein Verbot von Einfamilienhäusern – für den Klimaschutz? Oder einen Klima-Lockdown, wie er von verwirrten Klimajüngern gefordert wird?

All das wird unserer Industrie und dem Mittelstand das Rückgrat brechen.

Die Klima-Hysterie darf kein Grund für Freiheits-einschränkungen oder gar einen Lockdown sein. Die sogenannte Klimaforschung lag mit ihren schwammigen Prognosen bereits so oft daneben, dass ein hohes Gericht auf dieser Basis keine Beschlüsse fassen sollte.

Söder, der Grüne

Markus Söder ist ein Karrieremensch. Und er weiß, dass man seine Fahne für eine erfolgreiche politische Karriere immer schön brav nach dem Wind richten muss. Anders ist es nicht zu erklären, dass Söder innerhalb kürzester Zeit vom entschiedenen Gegner der Grünen zum politischen Liebhaber der Ökosozialisten mutiert ist. Kaum eine öffentliche Äußerung des bayerischen Ministerpräsidenten kommt noch ohne lobende Worte für die grünen Fanatiker aus, Söder schwärmt regelrecht von schwarz-grün. Dabei hatte er vor nicht einmal zwei Jahren im Brustton der Überzeugung gesagt, dass er für eine Koalition mit den Grünen nicht zur Verfügung steht. Was ist in der Zwischenzeit geschehen, dass Söder seine „Überzeugung“ so schnell über Bord geworfen hat? Diese Frage ist leicht zu beantworten: Die Umfrageergebnisse haben sich zugunsten des Klima-Hypes verändert – und damit auch plötzlich die Haltung des Ministerpräsidenten. Haben wir so einen Wendehals als Landesvater verdient?





„Danke für die gute Zusammenarbeit, Hubert Aiwanger.“

Markus Söder, Bayerischer Ministerpräsident

Söder hat sich nach 2 ½ Jahren Koalition mit den Freien Wählern für die gute Zusammenarbeit bedankt. Das wirkt geradezu komisch, wenn man bedenkt, dass die Freien Wähler über den gesamten Zeitraum von der CSU herumkommandiert wurden und keinen einzigen eigenen Impuls setzen konnten. Nicht einmal bei der existenziellen Entscheidung über den Lockdown konnten sich die Freien Wähler gegen die CSU durchsetzen. Aiwanger war vernünftigerweise für ein schnelles Ende des Lockdowns, konnte sich jedoch bei Söder nicht durchsetzen. Für dieses brave Verhalten hat sich Söder jetzt wohl bedankt.

LANDWIRTSCHAFT IN GEFAHR?

Eine leistungsfähige Landwirtschaft ist die Grundlage der Versorgung einer jeden Bevölkerung. Und so ist es auch gut und richtig, dass der Bauernstand seit jeher ein respektierter und anerkannter Berufszweig war. Aber der Zeitgeist bringt so manche Auswüchse mit sich, die jeder mit gesundem Menschenverstand nicht mehr nachvollziehen kann. Heute wird die Landwirtschaft für alles Übel dieser Welt verantwortlich gemacht. Gleichzeitig treibt man die Landwirte durch eine regelrechte Bürokratieschlacht an den Rand ihrer Belastungsgrenze. Und die

Globalisierung führt dazu, dass der heimische Markt mit Billigprodukten aus aller Welt überschwemmt wird. Niemand fragt dabei nach den Umwelt- und Tierschutzstandards in den jeweiligen Herkunftsländern. Doch wem dient diese Politik?

Internationale Agrarkonzerne streben nach der Monopolisierung der Landwirtschaft. Diesen Konzernen kommt es daher gerade recht, wenn unsere Bauern ihre Betriebe aufgeben müssen. Dient die Überregulierung womöglich genau diesem Zweck? Das dürfen wir nicht zulassen.

FREIHEIT IN NETZ UND MEDIEN

In Artikel 5 des Grundgesetzes heißt es: „Eine Zensur findet nicht statt.“ Dieser Grundsatz ist wohl eine der wichtigsten Säulen einer echten Demokratie. Heute, nach 16 Jahren CDU-geführter Regierung, muss man feststellen, dass der Artikel 5 faktisch abgeschafft ist. Heute ist die Zensur zurück in Deutschland. Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz aus dem Jahre 2017 legten CDU, CSU und SPD den Grundstein für eine breite Zensur des Internets. Die Altparteien haben damit privaten Digitalkonzernen faktisch die Rechtsprechung im digitalen Raum übertragen. Während der

Coronakrise hat man diese Zensur noch erheblich ausgeweitet. Unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung hat man kurzerhand erklärt, dass „Fake News“ Menschenleben gefährden und deswegen automatisch gelöscht werden müssen. Aktuell weitet man die Zensur auf sogenannte „Hasssprache“ aus. Doch was heute „Hasssprache“ ist, kann morgen schon einfache Regierungskritik sein. Wo das am Ende hinführt, weiß jedes Kind: Das Recht auf freie Meinungsäußerung wird damit abgeschafft – und damit die wichtigste Säule einer freien Gesellschaft.

INFO: ÖFFNUNGEN IN BAYERN

Bayern öffnet – zumindest ein bisschen. Die Staatsregierung hat „Lockerungen“ für Geimpfte und Getestete beschlossen, ein Biergarten- oder Hotelbesuch wird damit wieder möglich. Doch warum beschränkt die Regierung den Zugang zum öffentlichen Leben für gesunde Bürger? Die Risikogruppen in Deutschland sind längst vollständig geimpft, es gibt also keinen rationalen Grund

mehr für Beschränkungen. Es ist geradezu absurd, dass gesunde Menschen noch immer ihren Gesundheitsstatus mit einem Test oder einer Impfung nachweisen müssen. Und es ist geradezu unmenschlich, den Zugang zum öffentlichen Leben von Test oder Impfung abhängig zu machen. Ein gesunder Mensch ist keine Gefahr für seine Mitmenschen und „asymptomatische Erkrankte“ gibt

es nicht – und gab es auch noch nie. Die vermeintlichen Öffnungen sind also in Wirklichkeit wieder neue Maßnahmen, denn der Biergartenbesuch ist in Zukunft an unzählige Auflagen gekoppelt. Söder scheint Gefallen daran gefunden zu haben, die Menschen mit unsinnigen Auflagen zu verunsichern. Damit nimmt er jedoch leichtfertig eine weitere Spaltung der Gesellschaft in Kauf.

HUNGERKRISE WEGEN LOCKDOWN

Die weltweiten Lockdowns werden voraussichtlich bis zu 1,2 Millionen Kinder zusätzlich in den Hungertod treiben. Einer Studie der *Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health* zufolge wirken sich die Lockdowns derart verheerend auf die weltweite Nahrungsmittel- und Medikamentenversorgung aus, dass die Zahl der daraus resultierenden Opfer die Zahl der

Coronatoten um ein Vielfaches übersteigen wird. Während Corona für Kinder praktisch harmlos ist, schlagen Hunger und Medikamentenmangel gnadenlos zu. Die politisch Verantwortlichen müssen sich deswegen die Frage gefallen lassen, ob es hier tatsächlich noch um Menschenleben geht. Die derzeitige Corona-Politik wiegt jedenfalls ein Leben gegen das

andere auf – und genau das gilt völlig zu Recht als unethisch. Doch im Kanzleramt und in der Bayerischen Staatskanzlei scheint man sich nicht darum zu kümmern, welche tödlichen Kollateralschäden die eigenen Maßnahmen andernorts verursachen. Es bleibt zu hoffen, dass diese tragische Kurzsichtigkeit eines Tages gerichtlich aufgearbeitet wird.

GRÜNER FANATISMUS

Die Grünen sind nicht nur die Partei der Freiheitsfeinde und Verbotsfetischisten, sie sind auch die Partei der ideologischen Fanatiker. Wer ein ideologisches Ziel wie den Klimaschutz allen anderen gesellschaftlichen Bereichen ohne Wenn und Aber überordnet, ist ein Fanatiker – und damit eine Gefahr für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Wer dafür noch einen Beweis braucht, sollte sich

einmal das neue Wahlprogramm der Grünen durchlesen – hier kommt jeder Sozialist voll auf seine Kosten. So wollen die Grünen die Bürger über ein Grundeinkommen direkt vom Staat abhängig machen. Das ist Sozialismus in Reinform. Weiterhin wollen die Öko-Fundamentalisten den Individualverkehr abschaffen und die Bürger abhängig von öffentlichen Verkehrsmitteln

machen. Auch das ist purer Sozialismus. Und zu guter Letzt fahren die Grünen einen regelrechten Feldzug gegen das Einfamilienhaus und das Leben auf dem Land. Man will die Menschen in die Städte zwingen und den ländlichen Raum entvölkern – alles unter dem Vorwand des Klimaschutzes. Das kommunistische China scheint den Grünen hier als Vorbild zu dienen. Da haben sich zwei gefunden.

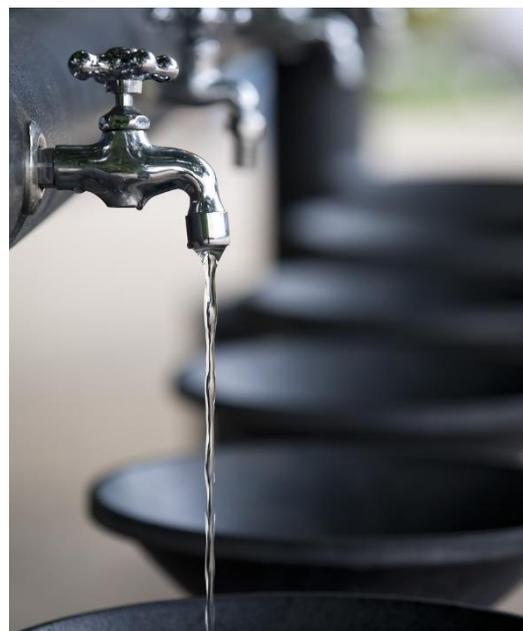
ARMUTSZEUGNIS IN GÜNZBURG

Die Schließung der Schulen durch die Staatsregierung wirkt sich verheerend auf die Bildung der Kinder aus. Die großen Defizite der vergangenen Monate will der Günzburger Landrat Hans Reichhart nun mit ein bisschen Geld wieder ausgleichen. Mit 70.000 Euro finanziert der Kreis Günzburg freiwilligen Förderunterricht am Nachmittag. Damit sollen die Schüler Wissenslücken schließen, die durch den ausgefallenen Unterricht entstanden sind.

Dieses Vorgehen ist bei genauerer Betrachtung ein Armutszeugnis für die Corona-Politik der CSU. Kinder waren durch das Coronavirus zu keinem Zeitpunkt gefährdet, trotzdem raubte man ihnen beinahe ein ganzes Schuljahr Präsenzunterricht. Die dabei entstandenen Bildungslücken können realistisch betrachtet kaum noch geschlossen werden, es droht ein regelrechtes Bildungsfiasco.

Landrat Reichhart bezeichnet die kommunal geförderte Nachhilfe nun als „Fundament für den Bildungserfolg.“ - doch darüber lässt sich streiten. Für den Bildungserfolg wäre es sicherlich besser gewesen, man hätte die Kinder nicht ein Jahr lang isoliert und von ihren Mitschülern abgeschnitten. Nachdem die Risikogruppen in Deutschland längst vollen Impfschutz haben, müssen alle Beschränkungen in den Schulen aufgehoben werden. Test- und Maskenpflicht sind in zahlreichen Ländern der Welt längst wieder abgeschafft, nur die Bayerische Staatsregierung muss mal wieder „einen draufsetzen“ – zulasten der Kinder. Diese verantwortungslose Vorgehensweise bleibt nicht ohne Folgen: Statt voller Intensivstationen haben wir jetzt volle Jugend- und Kinderpsychiatrien und niemals in der Geschichte der BRD gab es derart viele selbstmordgefährdete Kinder. War es das am Ende wert, Herr Reichhart?

„Hier wird das Fundament für den Bildungserfolg gelegt.“



TRINKWASSER BIBERTAL

Die Gemeinde Bibertal hat seit Mitte Mai mit schweren Verunreinigungen des Trinkwassers zu kämpfen. Zeitweise waren die Verschmutzungen so stark, dass die Verwendung des Wassers nicht einmal nach einem Abkochen sicher war. Mittlerweile darf abgekochtes Wasser zwar wieder verwendet werden, das Wasser ist jedoch mit Stand 21.05.2021 noch immer verunreinigt. Die Ursache ist unklar, ein Rohrbruch wird vermutet.

DIE GUTE NACHRICHT

Nicht alle Regierungen der Erde gehen derart hysterisch mit der gegenwärtigen Situation um, wie die deutsche bzw. bayerische. So wurden in den meisten republikanisch geführten US-Bundesstaaten längst alle Corona-Beschränkungen wieder aufgehoben und man ist weitgehend zur Normalität zurückgekehrt. Impfungen finden rein auf freiwilliger Basis statt und

die Medien berichten überwiegend sachlich und neutral über die Situation. Panik und Angst? Fehlanzeige in Texas, Mississippi oder Florida. Man setzt auf den gesunden Menschenverstand der Bürger und fährt gut damit. Einige US-Staaten gehen sogar noch weiter und haben eine Diskriminierung von ungeimpften Personen gesetzlich verboten. Die USA scheinen Freiheit und

Eigenverantwortung also tatsächlich erheblich mehr Wert beizumessen, als es in Deutschland aktuell der Fall ist. Unsere Regierenden scheinen den chinesischen Weg der totalen Bevormundung und Überwachung zu bevorzugen. Doch es ist definitiv eine gute Nachricht, dass andere Staaten der Versuchung widerstehen, die Krise für den eigenen Machtausbau zu nutzen.

IMPRESSUM | V.i.S.d.P.

ANSCHRIFT:

Gerd Mannes, MdL
Max-Planck-Straße 1
81675 München

E-MAIL:

gerd.mannes@afd-landtag.bayern

Bildnachweise:

Seite 2: Foto: Michael Lucan, Lizenz: CC-BY-SA 3.0
(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2018-10-12_Markus_Söder_CSU_8341.jpg), „2018-10-12 Markus Söder CSU 8341“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

Seite 6: Guido Radig (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Maximilianeum_-_Frontseite_-_Panorama.jpg), „Maximilianeum - Frontseite - Panorama“, Zusschnitt und Änderung auf S/W, <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/legalcode>

TELEFON:

089 4126-3412

Besuchen Sie mich unter:

www.gerd-mannes.de

www.instagram.com/gerdmannes/

www.facebook.com/GerdMannes/

www.twitter.com/GerdMannesAfD

